Nummer 537

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 76. Jahrgang. Sonntag, 16. November 1930

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse sowie ausführliche Berichte über die internationalen Börsen, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten sowie Aktuelle Fragen aus dem Wirtschaftsrecht. Für Manuskripte keine Verantwortung. Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Jügler, Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Reinke, Inseratenteil: i. V.: H. Lokes, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespalt. Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5 Rmk. Bezugspreis: Monatl. 6 Rmk. ohne Bestellgeld einschl. Rmk. 0,96 Postzeitungsgebühr (§ 8 U. St. G.) Die Zeitung erscheint 1 d. Woche sämtl. Bestellungen nehmen Zeitungs-spediteure, unsere Geschäftsstelle u. alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband od. Postanweisung. Postanweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich u. Ungarn. Der Bezugspreis verlegt im IV. Quartal 1930 für Amerika 7,50 $, Frankreich 155 franz. Francs, Belgien 44 Belga, Schweiz 40 schweiz. Franken, Holland 16 holl. Gulden, Dänemark 22 Kronen, Schweden 27 schwed. Kronen, Norwegen 28 norweg. Kronen, England 30 Schilling, Italien 120 Lire, Rumänien 1200 rumänische Lei, Spanien 50 span. Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 60 Milreis, Griechenland 18 Drachmen, Jugoslawien 400 Dinare, Oesterreich 38 Schillinge, Litauen 70 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 300 finnische Mark, Estland 22 estnische Kronen, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark, U. d. S. S. R. 30 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Erpreßte Verträge!

Außenpolitische Kundgebung der Bayerischen Volkspartei in München.

Am Sonnabendnachmittag begann in München unter Teilnahme des bayerischen Ministerpräsidenten und der Minister der Partei sowie der Reichs- und Landtagsabgeordneten die Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei. Die Ausführungen der Parteiführer gipfelten in einer Reihe von Entschließungen.

Zur innenpolitischen Lage wird gefordert, daß die Partei für die Erhaltung und Stärkung einer wahrhaften inneren deutschen Einheit eintrete, den völlig undeutschen Gedanken der Diktatur ablehne und eine wahrhaft deutsche und christliche Demokratie anstrebe. Insbesondere wendet sich die Kundgebung gegen jede Politik, die die historische Eigenstaatlichkeit der Länder mißachte und eine illoyale Aushöhlungspolitik betreibe.

In einer außenpolitischen Kundgebung wird von den maßgebenden Stellen gefordert, daß die Lüge von der deutschen Kriegsschuld als Unterlage erpreßter Verträge verschwinde und daß auf Grund des in Artikel 19 der Völkerbundssatzung vorgesehenen Grundsatzes diese Verträge aufgehoben und geändert werden, damit auch die untragbaren Lasten des Youngplanes von dem deutschen Volke genommen würden, ferner, daß das deutsche Volk in jener Stunde, in der die Abrüstungsverhandlungen des Völkerbundes sich als heuchlerisches Spiel herausstellen sollten, das Recht des gleichen Schutzes und der gleichen Sicherheit wie seine Nachbarvölker in Anspruch nähme. Ferner tritt die Entschließung dafür ein, daß das deutsche Volk sein natürliches Recht, sich nach eigenem Willen als ein Staatsvolk zusammenzuschließen, erhalten soll, desgleichen das unveräußerliche Recht der deutschen Minderheiten in fremden Staaten auf Bewahrung ihrer Sprache und Kultur. Der Völkerbund sei für Deutschland wertlos, und die deutsche Mitgliedschaft beim Völkerbund werde auf die Dauer unmöglich gemacht, wenn der Völkerbund selbst die von ihm verkündeten Grundsätze verleugnet.

Zu kulturpolitischer Hinsicht wandte sich der Parteitag in einer Entschließung gegen den immer mehr zunehmenden Materialismus, der die stärksten Positionen der Kultur, die Familie, die Ehe und den Willen zum Kinde unterminiere. Die Kraft des Christentums müsse für die Rettung unserer Kultur im öffentlichen Leben aktiviert werden. Dabei könne sich der Kampf nicht auf das Schlagwort „gegen den Marxismus" beschränken, weil auch im Lager derer, die gegen den Marxismus angeblich Sturm laufen, Anhänger einer rein materialistischen Weltanschauung seien.

Der Arbeitszeit-Schiedsspruch für den Ruhrbergbau

Zechenverband beantragt Verbindlichkeitserklärung.

Essen, 15. November.

Der Zechenverband hat, wie die TU. zuverlässig erfährt, beschlossen, den Arbeitszeit-Schiedsspruch für den Ruhrbergbau vom 12. November anzunehmen und seine Verbindlichkeitserklärung durch den Reichsarbeitsminister beantragt.

Der Gewerkverein Christlicher Bergarbeiter hat auf Grund des Beschlusses einer Vertreterversammlung den am 12. November gefällten Schiedsspruch, durch den das bisherige Arbeitszeitabkommen im Ruhrbergbau unverändert bis zum 30. September 1931 verlängert wird, abgelehnt. An den Reichsarbeitsminister hat der Gewerkverein ferner das Ersuchen gerichtet, von einer Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches abzusehen. Der freigewerkschaftliche Bergbauindustrie-Arbeiterverband wird erst am Sonntag Beschluß fassen, doch ist an seiner Ablehnung ebenso wie an der des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins nicht zu zweifeln.

— **Der „Nationale Sozialist" verboten.** Der Berliner Polizeipräsident hat die nationalsozialistischen Blätter Strasserscher Richtung „Der Nationale Sozialist" einschließlich des Kopfblattes „Sächsischer Beobachter" und die „Berliner Arbeiterzeitung" auf die Dauer eines Monats bis 15. Dezember verboten, „weil der in den genannten Blättern veröffentlichte Artikel „Legte Verschärfung" die Sprengstoffattentate der Jahre 1928 und 1929 verherrlicht und ausdrücklich billigt."

Umsturzgefahr für Spanien.

Hintergründe des Generalstreiks in Madrid.

TU Madrid, 15. November.

Nachdem, wie wir bereits mitteilten, als Protest gegen die blutigen Zusammenstöße mit der Polizei bei der gestrigen Arbeiterdemonstration die gesamte Bauarbeiterschaft in den Streik getreten war, ist nunmehr durch einen Beschluß der Führer der im Volkshaus organisierten Gewerkschaften der allgemeine Generalstreik ausgerufen worden. Er begann am Sonnabend um 17 Uhr und soll bis zum Montag um 17 Uhr dauern. Die lebenswichtigen Betriebe, wie Wasser- und Elektrizitätswerke, die Bäckereien und Verkehrseinrichtungen sollen nur 24 Stunden bestreikt werden. Die Sonnabend-Abendzeitungen sind nicht mehr erschienen. Die ersten Blätter werden erst wieder am Montagabend zu haben sein.

Im Laufe des Sonnabend vormittag kam es in der Stadt vielfach zu Zwischenfällen. An verschiedenen Stellen wurden Straßenbahnwagen mit Steinen bombardiert. Sämtliche Läden in der ganzen Stadt sind geschlossen. Die Studenten haben sich zum größten Teil mit der Arbeiterschaft solidarisch erklärt.

Die Regierung erklärt, daß sie bei dem ersten ernstlichen Zusammenstoß den Belagerungszustand verhängen werde. Sie gibt ferner bekannt, daß Nahrungsmittel für die Bevölkerung für zehn Tage sichergestellt sind. Von seiten der Regierung ist außerdem die militärische Bedienung der Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke angeordnet worden.

Inzwischen hat sich die Streikbewegung auch auf Bilbao und Valladolid ausgedehnt, wo ebenfalls der Generalstreik ausgerufen wurde. Barcelona wird sich voraussichtlich am Montag früh anschließen. Wenn mit der Durchführung des Generalstreiks in den wichtigsten Orten Spaniens fortgefahren wird, so kann das als sicheres Zeichen dafür gelten, daß **die Ausführung des seit längerer Zeit bekannten revolutionären Plans in Angriff genommen worden ist, wonach der Generalstreik im ganzen Lande als Mittel zum Sturz des jetzigen Regimes dienen soll.** Das Militär dürfte sich in diesem Fall zum größten Teil neutral verhalten.

Die Reichsbannertätigkeit in Thüringen.

Klagedrohung gegen Staatsminister Dr. Frick.

TU Weimar, 15. November.

Der Geschäftsführer des Gaues Thüringen des Reichsbanners, Dr. Dietzel, richtete jetzt im Zusammenhang mit der Spitzelangelegenheit an Staatsminister Dr. Frick einen offenen Brief. Der Vorwurf, daß er, Dietzel, ein Spitzel, das Thüringer Reichsbanner eine Spitzelzentrale sei, treffe ihn nicht. Nichtsdestoweniger bereite sich Dietzel vor, den Minister wegen der in dem Vorwurf enthaltenen öffentlichen Beleidigung zu verklagen. Dr. Dietzel richtet an den Innenminister mehrere Fragen und erklärt dann ausdrücklich, daß er weder vom Reichsinnenminister noch von der preußischen Regierung durch den Regierungspräsidenten Freyfang einen Auftrag zum Sammeln von Material erhalten oder an die genannten Stellen Material geliefert habe. Dietzel habe von vornherein überhaupt keinen Auftrag erhalten, sondern bei Aufkommen des Streites Reich-Thüringen es als seine Pflicht betrachtet, ihm bekannten führenden Republikanern von seinem Wissen Nachricht zu geben.

Professor Günthers Antrittsvorlesung.

TU Jena, 15. November.

Professor Dr. Hans Günther, der von der Thüringer Regierung auf den neu errichteten Lehrstuhl für soziale Anthropologie an die Universität Jena berufen wurde, hielt am Sonnabend seine öffentliche Antrittsvorlesung über das Thema: „Die Ursache des Rassenwandels der Bevölkerung Deutschlands seit der Völkerwanderung". Die Vorlesung erhielt eine besondere Bedeutung durch die Anwesenheit des Staatsministers Dr. Frick und Adolf Hitlers, der bei seinem Erscheinen von den Studenten mit dem Faschistengruß begrüßt wurde. Der Andrang zu der Vorlesung war so stark, daß die Polizei vor dem Gebäude Absperrungen vornehmen mußte.

Genfer Abrüstungsschwindel

Das französische Heer kann im Laufe eines Tages auf 1 3/4 Millionen Mann gebracht werden!

Daß die jetzige Tagung des Völkerbundsausschusses zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz in Genf kein anderes Ergebnis zeitigen würde als die früheren Tagungen dieses Ausschusses, war von vornherein zu erwarten. Ihr bisheriger Verlauf hat diese Auffassung in vollem Umfange bestätigt. Er hat mit der Ablehnung des Antrages, die im Frieden ausgebildeten Reserven und das zu ihrer Ausrüstung und Bewaffnung im Frieden bereitgehaltene Kriegsmaterial in die allgemeine Abrüstung der Landstreitkräfte einzubeziehen, die ganze innere Unwahrhaftigkeit des Abrüstungsproblems erneut ebenso bewiesen wie mit den Beschlüssen, an ihrer Stelle der Abrüstungskonferenz eine Begrenzung der Dienstzeit und eine gewisse Kontrolle der Heeresbudgets vorzuschlagen. Diese Unwahrhaftigkeit wird in vollem Umfange klar mit der Begründung, die man jener Ablehnung und den Beschlüssen in Genf zugrunde gelegt hat.

Diese Begründung geht im wesentlichen davon aus, daß sowohl ausgebildete Reserven als auch Kriegsmaterial zwar eine wichtige, nicht aber die wichtigste Frage des Abrüstungsproblems darstellten und daß die Einbeziehung beider Faktoren in die Abrüstung eine Unmöglichkeit sei, weil sie in Wirklichkeit nicht erfaßbar seien. Sie wurde, was sie an sich bereits genügend kennzeichnet, in erster Linie von Frankreich und seinen militärischen Vasallen geltend gemacht. Den besten Gegenbeweis gegen sie haben gerade die letzten großen französischen Herbstmanöver in Lothringen und in Savoyen, dann aber gewisse Aeußerungen über die Rolle der ausgebildeten Reserven und des in den Depots lagernden Kriegsmaterials in einem zukünftigen Kriege erbracht, die von keinen geringeren als von dem verstorbenen Marschall Foch, dem früheren Kriegsminister Painlevé und dem bisherigen französischen Generalstabschef General Debeney stammen. Zu den großen französischen Herbstmanövern in Lothringen und Savoyen waren Reservisten in einem solchen Umfange eingezogen, daß fast die Hälfte aller übenden Truppen aus Reservisten bestand. Es waren nicht nur die aktiven Truppenteile durch Reservisten auf Kriegsstärke gebracht, sondern zugleich auch in weitestem Maße besondere Reserveformationen aufgestellt worden. Diese Formationen aber waren mit dem in den Depots lagernden Kriegsmaterial ausgerüstet und bewaffnet worden. Die Aeußerungen des Marschalls Foch, des früheren Kriegsministers Painlevé und des bisherigen französischen Generalstabschefs General Debeney über die Rolle der ausgebildeten Reserven und des Kriegsmaterials in einem zukünftigen Kriege sind bekannt. Trotzdem kann auf sie nicht oft genug wieder hingewiesen werden.

Marschall Foch erklärte am 25. Juli 1926 in Lille, daß die Hauptstärke der französischen Armee im Kriege auf der Zahl und Tüchtigkeit der ausgebildeten Reserven beruhe, der frühere Kriegsminister Painlevé am 16. Januar 1927 in Paris, daß Frankreich einen ihm aufgezwungenen Krieg mit der „Masse der mobilisierten Reserven führen werde, die eine wirkliche Angriffsarmee darstellte".

Der bisherige französische Generalstabschef General Debeney aber hat erst im letzten Jahre in einer Veröffentlichung mit geradezu erstaunlicher Offenheit zum Ausdruck gebracht, daß Frankreich einer Begrenzung seiner ausgebildeten Reserven und des für sie notwendigen Kriegsmaterials in keinem Falle zustimmen könne, ohne die Schlagkraft und die gesamte Neuorganisation seines Heeres zu gefährden. Die aktive Armee sei nicht mehr das Rückgrat der Streitkräfte. Es seien vielmehr die ausgebildeten Reserven, die auf eigene Füße gestellt, zu eigenen Formationen zusammengeschlossen und selbständig im Felddienst ausgebildet werden müßten. Für sie müsse natürlich in Friedenszeiten bereits das notwendige Kriegsmaterial vorhanden sein, da die industrielle Mobilisierung, selbst wenn sie noch so gut vorbereitet sei, einer langen Zeit der Ankurbelung bedürfe. Dieses „ungeheure" Material ständig auf Lager zu halten, zu pflegen und dauernd zu erneuern, sei eine der wichtigsten Aufgaben der neuen französischen Armee.

Alle diese Aeußerungen sagen genug. Wenn es außer ihnen aber noch eines weiteren Beweises für die Unhaltbarkeit der von Frankreich und seinen Vasallen vertretenen Standpunktes von der untergeordneten Bedeutung der ausgebildeten Reserven bedurft hätte, dann ist es ein Erlaß des französischen Kriegsministers, der erst vor wenigen Tagen bekanntgeworden ist, in der Oeffentlichkeit aber leider nicht die Beachtung gefunden hat, die er verdient. Dieser Erlaß weist die Wehrkreise an, der Ausbildung der Reserpisten weitgehendste Aufmerksamkeit zuzuwenden, die vom Verband der Reserveoffiziere eingeleiteten Fortbildungskurse für Unteroffiziere der Reserve allgemein ins Leben zu rufen und als Lehrpersonal hierfür außer Reserveoffizieren auch aktive Offiziere und Unteroffiziere der Truppe sowohl als auch der Gendarmerie zur Verfügung zu stellen. Er stempelt den von Frankreich und seinen Vasallen vertretenen Standpunkt als Lüge ab. Den gleichen Geist aber atmen die Beschlüsse, an Stelle der Richteinbeziehung der ausgebildeten Reserven und des Kriegsmaterials in die Abrüstung eine Begrenzung der Dienstzeit und eine Beschränkung der Heeresbudgets vorzuschlagen. Diese Beschlüsse sind aber nichts anderes als Manöver, dazu bestimmt, der Oeffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen und ihr den ganzen Schwindel des Genfer Abrüstungsspiels zu verschleiern. Sie sind praktisch bedeutungslos, der erstere, weil erst die wirkliche Abrüstungskonferenz mit der Festsetzung einer allgemein gültigen Höchstdienstzeit beauftragt werden soll, dann aber mit Rücksicht auf die „geistig langsamen" Bevölkerungen jeder Staat die Freiheit haben soll, innerhalb der festgesetzten Höchstgrenze die Dauer der Dienstzeit nach eigenem Ermessen zu regeln, der letztere, weil es ein leichtes ist, die wahren Rüstungsausgaben durch Verteilung auf andere Etats oder auf andere Weise vor der Oeffentlichkeit zu verbergen. Was von beiden Beschlüssen in Wirklichkeit zu halten ist, zeigt die Absicht Frankreichs, bereits vom Jahre 1933 an, von dem an die zahlenmäßig angeblich schwächeren Kriegsjahrgänge zur Einstellung gelangen, **seine eben erst auf ein Jahr herabgesetzte aktive Dienstzeit wieder auf 18 Monate oder sogar zwei Jahre heraufzusetzen,** um zwei oder drei Jahrgänge unter den Waffen halten zu können, zeigen weiterhin die letzten Veröffentlichungen der französischen Zeitung „Populaire", denen zufolge die sogenannten „Sicherheitsausgaben" im Haushalt von 1931/32 sich nicht, wie von der Regierung angegeben, auf 12,2 Milliarden, sondern in Wirklichkeit auf 19,19 Milliarden Franken beliefen.

Das Abkommen, das man seitens der Vorbereitenden Abrüstungskommission der Hauptkonferenz für die angebliche Abrüstung vorschlagen will, ist also ein Muster von Verlogenheit und Fälschung. Es macht jede Klärung der wirklichen Rüstungsverhältnisse zu Lande unmöglich und

bedeutet, daß beispielsweise Frankreich in Zukunft die Effektivstärke seines Heeres mit durchschnittlich 490 000 Mann im Jahre angeben kann, während in Wirklichkeit 33 000 Offiziere, 100 000 Unteroffiziere, 250 000 Kapitulanten, 250 000 Rekruten und 220 000 Reservisten, d. h. also insgesamt 862 000 Mann, die Farbigen nicht miteingerechnet, tatsächlich Waffendienst geleistet haben. Dazu aber kommt, daß Frankreich jederzeit die drei Jahrgänge der sogenannten Disponibilität mit etwa 750 000 Mann und seine sämtlichen

Für den Kenner
Boenicke Hausmarke
Coronas-Sortiment zu
12, 13, 15, 18, 20 Pf.
Viel nachgeahmt - doch nie erreicht!
OTTO BOENICKE Nº2
20 Pf. SUMATRA-SORTIMENT
Neu: Otto Boenicke-Sumatra-Sortiment
Nr. 1 15 Pf. Nr. 2 20 Pf. Nr. 3 25 Pf. Nr. 4 30 Pf. Nr. 5 50 Pf.
Nr. 1 bis 4 in Kisten zu 50 Stück, Nr. 5 zu 25 Stück
Mild, fein Ein großer Erfolg! Sehr preiswert
Boenicke-Zigarren!
Berlin W 8, Französische Str. 21 Haus am Zoo (Capitol) - Bayerischer Platz 9 — Königstr. 49 Kochstr. 59 — Invalidenstr. 117 — Schloßstr. 96, Steglitz
Steuer-Vorlage
verursacht beträchtliche
Preis-Erhöhungen
in den Konsum-Preislagen bis 50 %
Baldige Eindeckung
sehr zu empfehlen